

Engagement im **Natur- und Umweltschutz** in **Rheinhausen** (Duisburg)

- mehr als 30 Jahre Einsatz für naturverträgliche und menschengerechte Wohnumwelt-Bedingungen

Einsatz vor Ort in Rheinhausen (Duisburg)

- a) Deponie Krupp-Rockelsberg: für deren Rückverlagerung auf das Gelände des Hüttenwerks Rheinhausen / Krupp-Stahl. - Ende 70er/Anfang 80er Jahre.
- b) Lineg Kläranlage Asterlagen: für eine Verlagerung des Ausbaus in nördlicher Richtung (in Richtung Hafen Diergardt-Mevissen Bergbau AG); für Emissionsminderung. - Ende 70er Jahre.
- c) Giftmülldeponie der Fa. Bayer-Uerdingen (an der Grenze zu Rumeln-Kaldenhausen): gegen eine zusätzliche Giftmülldeponie im Wassereinzugsgebiet Rheinhausens. - 1978/79.
- d) Hüttenwerk Rheinhausen (Krupp-Stahl): seine Auswirkungen auf Natur und Umwelt in Rheinhausen als größter Emittent:
 - (1) während der Betriebszeit: für Verringerung der Emissionen (z. B. Neubau Kokerei), gegen zusätzliche Deponien (z. B. im Asterlager/Essenberger Bruch) sowie für eine langfristige, ökologisch verträgliche Sicherung der Stahlproduktion in Rheinhausen.
 - (2) nach Schließung des Standortes: für eine Mischnutzung unter besonderer Rücksicht auf das angrenzende Naturschutzgebiet Rheinaue Friemersheim (u. a. naturnahe Pufferzonen; Vernetzung/Trittsteine mit Kruppsee, Mühlenberger See und Töppersee). - Ebenfalls Daueraufgabe seit Mitte der 70er Jahre.
- e) Logport: primär für trimodalen Betrieb mit Vorzug für Schiene und Schiff; gegen Vorrang von LKW-Schwerlastverkehr; daher gegen L 473 n. Nach deren Genehmigung und Bau gegen weitere Zerstörung durch zusätzlichen Straßenbau (z. B. Osttangente / Rheinvorland). - Seit Mitte 90er Jahre.
- f) Rheinaue Friemersheim: zuerst vor allem Drängen auf Emissionsminderung (weniger Blei, Cadmium, Zink, ... [Schwermetalle] und weniger Dioxine, Furane). Für Ausweisung, Erhalt und Ausbau des Naturschutzgebietes Rheinaue Friemersheim, u. a. für Renaturierung des Kuppengrabens, Anpflanzung von Gehölzstreifen / Hecken usw. - Daueraufgabe seit 1975.

- g) Alle Großemittenten an der Rheinschiene (einschließlich Krupp), also Berzelius / B.U.S.; Kupferhütte ...; Mannesmann; Sachtleben; ...: Verminderung belästigender, belastender und gesundheitsgefährlicher Emissionen. - Daueraufgabe seit Mitte der 70er Jahre.
- h) Flughafen Düsseldorf-Lohhausen: für Schutz der Wohnbevölkerung vor Fluglärm und vor schädlichen Schadstoffemissionen; kein Ausbau aber für Verlagerung von Flugrouten etc. - Ebenfalls Daueraufgabe seit den 70er Jahren.
- i) ...

Einsatz außerhalb (Auswahl)

- 1) Mitwirkung und Förderung des Wiederansiedlungsprojektes „Weißstorch“, NABU-Kranenburg / Niederrhein
- 2) Förderung des BUND-Projektes „Grünes Band“
- 3) usw.

Was löste das Engagement aus und was treibt immer wieder an?

Einstieg und Auslöser war u. a. ein Beitrag von Friedrich Kassebeer in Süddt. Zeitung Nr. 91 / 16.04.1971 (Anlage 1).

- Der Leserbrief „Bilder rücksichtsloser Zerstörung“ (SZ Nr. 98, 24./25.04.1971; Anlage 1) war die Reaktion darauf.
- Schon 1971 geht aus der Skizze bei Kassebeer die besondere Rolle des Asterlager/Essenberger Bruchs als Frischluftschneise für das rechtsrheinische Duisburg hervor!

In 1978 wandte sich FKH (Krupp-Stahl) gegen eine Ausweisung der Rheinaue Friemersheim als Naturschutzgebiet (WAZ Nr. 213 / 14.09.1978: Anlage 2). Fast gleichzeitig gab der erste Luftreinhalteplan Ruhrgebiet-West eine Grundlage für konkrete Forderungen nach Emissionsabbau sowie für eine darauf abgestimmte Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Aber es blieb leider nicht bei der prognostizierten Stilllegung an nur einem Hüttenwerk an der Rheinschiene (vgl. NRZ Nr. 163; WAZ Nr. 163; WAZ Nr. 163, 165, 166, 169 u. 170; RP Nr. 203; NRZ Nr. 203; alle 1978: alles Anlage 2).

- Das führte zwangsläufig zum „Krach“ mit den eigenen Genossen (SPD) und Kollegen (IGM), also der von Industrie-Lobbyisten durchsetzten Führungsspitzen in Duisburg (vgl. NRZ Nr. 15 u. RP Nr. 15 sowie RP Nr. 17; alle 1980: s. u. Anlage 7).

Besonders intensiv und langwierig gestaltete sich der Abwehrkampf gegen eine gleich dreifache Androhung neuer Deponien im Asterlager/Essenberger Bruch (Krupp; Sachtleben; Stadt Duisburg) Ende der 70er bis tief in die 80er Jahre hinein.

- Vgl. hierzu u. a. den Beitrag in NRZ Nr. 79 / 02.04.1980 (Anlage 3) über „Mondlandschaft im ‚Bruch‘ - Weicht KIS für die ‚Hütte‘?“.
- In dem Papier vom 07.06.2004 über „Asterlager/Essenberger Bruch: 25 Jahre Entwicklung unter Naturschutz-Aspekten“ (Anlage 4) sind die Entwicklungslinien unter Naturschutz-Aspekten zusammengefaßt.

Als ebenfalls aktuelles Papier ist der Kurzbeitrag „Naturschutzarbeit als Durchsetzungsakt“ (07.06.2004; Anlage 5) zu betrachten. Er zeigt an mehreren aktuellen Fallbeispielen auf, wie mühsam derzeit in Duisburg immer noch das Naturschutz-Anliegen durchgesetzt werden muß.

Es bleibt in diesem hochverdichteten städtischen Raum eine Daueraufgabe, ohne welche die Wohn- und Wohnumweltqualität Duisburgs noch weiter sinken würde. Die Folgen sind bekannt: Vor allem gut ausgebildete und zu den besser Verdienenden zählende junge Menschen/Familien wandern in das lebenswerte Umland ab (über 100.000 Bürger seit 1975!), zurück bleiben Alte, sozial Schwache und Ausländer. Sogenannte „soziale Brennpunkte“ (Ortsteile) sind weitgehend deckungsgleich mit Flächen hoher Emissionsbelastung (auch aus Straßenverkehr), geringer Wohnqualität usw.

In 2004/2005 hat gegenüber den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zwar die Emissionsbelastung durch die Industrie abgenommen. Aber die Industrieanlagen belasten die Menschen weiter (WAZ Nr. 201 / 28.08.2004; Anlage 6).

- Erst nach neuen EU-Vorgaben für Staub-Grenzwerte werden ab 2005 die gefährlichen, lungengängigen Feinstäube ernstgenommen. Das gilt umso mehr, als die bisherige verharmlosende Erfassung der kaum aussagefähigen Jahresmittelwerte (wie bei Grobstäuben) ergänzt wird um die viel belastungswirksameren und aussagefähigeren kurzfristigen Überschreitungen (WAZ Nr. 289 / 10.12.2004; WAZ Nr. 3 / 05.01.2005; Anlage 6).
- Dabei geht es zum einen um die weiterhin vorhandenen industriellen Grenzwertüberschreitungen, die trotz Investitionen in neue Technologie weiterhin wirksam sind (WAZ Nr. 16 / 20.01.2005; Anlage 6).
- Endlich wird mit dem Ausweis der Feinstaub-Expositionen auch der Verkehr als Hauptverursacher zur Verantwortung gezogen. Da wird es nicht nur bei Leserbrief-Appellen zu „Bessere Luft bekommen“ bleiben, sondern hier werden - wie in Frankfurt/Main bereits geschehen - EU-Beschwerden auf dem Rechtswege eingereicht werden (beide WAZ Nr. 18 / 22.01.2005; Anlage 6).

Ziemlich genau 25 Jahre (!) ist es her, daß aus der Funktion als stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuß der Stadt Duisburg heraus die Forderungen an die Analyse-/Bewertungspraxis bei Grobstäuben und zusätzlich bei Feinstäuben gestellt wurden, die erst von der EU in Umweltschutz-Recht umgesetzt werden.

In dem Schreiben „An die Mitglieder der SPD-Fraktion im Ausschuß für Umweltfragen ...“ (14.01.1980; Anlage 7) heißt es zum Schluß zusammenfassend:

- „1) Die Messungen für Staubniederschläge [Grobstäube] erfassen nur einen Teil der Immissionen, die das Wohlbefinden und die Gesundheit speziell der Rheinhausener und insgesamt der Duisburger Bürger belasten. Viel gesundheitsgefährlicher sind die Feinstäube (atembare Schwebstoffe).
- 2) Die alleinige Wiedergabe der Jahresmittelwerte (I₁-Werte) gleicht tägliche, wöchentliche und monatliche Belastungsspitzen aus, die für die ganze Bevölkerung bzw. für besonders gefährdete Bevölkerungsanteile viel nachteiliger sind, als die ‚geglätteten‘ Jahreswerte.
- 3) Ohne den gleichzeitigen Ausweis der meteorologischen Daten (Daten der Großwetterlage und der Kleinklimata) täuschen die wenig aussagefähigen Jahresmittelwerte speziell für 1979 scheinbare Verbesserungen der Immissionsbelastung vor, die letztlich nur den Wettereinflüssen zuzurechnen sind. Wirklich durchschlagende Verbesserungen auf der Emissionsseite (hier vor allem bei den Schadstoffherzeugern der Eisen- und Stahlindustrie) lassen sich daraus leider nicht ableiten.
- 4) Eine Informationspolitik der Stadt Duisburg, die derartige wesentliche Einflußgrößen und Wirkungszusammenhänge nicht beachtet, setzt sich leicht dem Verdacht der ‚Umweltkosmetik‘ (oder Manipulation?) aus.“ (S. 3: Anlage 7).

Der damalige Umwelt-Dezernent Josef Ebert kritisierte darauf:

„Es sollen sich nicht Leute zu Wort melden, die von der Sache nichts verstehen!“ (NRZ Nr. 16 / 19.01.1980. Vgl. NRZ Nr. 15 / 18.01.1980 und RP Nr. 15 / 18.01.1980. Siehe auch RP Nr. 17 / 21.01.1980. Alle Anlage 7). Nun liegen diese „unsachlichen Umweltschutz-Forderungen“ als EU-Vorgaben vor.

Was die Altparteien (CDU/FDP und auch SPD) immer noch nicht gelernt haben, daß sie sich mit einem „investorengesteuerten Städtebau“ in für die Stadtentwicklung verhängnisvolle Abhängigkeiten begeben. Jüngstes Beispiel dafür ist das Kongreßzentrum, bei dem Betreiber und Banken den bereits abgelegten, schlechten Altentwurf (LEG) gegen neue, offensichtlich bessere Entwürfe durchsetzten (vgl. WAZ Nr. 289 / 10.12.2004; WAZ Nr. 290 / 11.12.2004; WAZ Nr. 292 / 14.12.2004 u. WAZ Nr. 298 / 21.12.2004. - Siehe dazu DER SPIEGEL (2004) Nr. 49, S. 201). - -